

# KIEZKASSEN WORKSHOP DOKUMENTATION

Fokusgruppenworkshop mit Antragsstellenden im Rahmen des Pilotprojektes  
„Smarte Partizipation – Von der Kiezkasse bis zum Bürger:innenhaushalt“

28.09.2023, 17-19 Uhr | Mittelpunktbibliothek Alte Feuerwache Treptow



## AG.URBAN





I	Hintergrund	4
II	Kiezkassen-Ablauf	5
III	Fragebogen-Ergebnisse	6
IV	Ergebnisse des Fokusgruppen-Workshops	9
	Impressum	12

## HINTERGRUND

Der Workshop, der Gegenstand dieser Dokumentationsbroschüre ist, fand als Teil des Pilotprojektes „Smarte Partizipation - Von der Kiezkasse bis zum Bürger:innenhaushalt“ statt. Das Pilotprojekt ist Teil der Landesstrategie Gemeinsam Digital: Berlin (GD:B), die Berlin auf Basis eines mehrstufigen Partizipationsprozesses der Jahre 2021/2022 (durch das CityLAB der Technologiestiftung Berlin) nachhaltig, gemeinwohlorientiert, resilient und kooperativ machen soll - durch zentrale und dezentrale Maßnahmen sowie Netzwerkmaßnahmen.

Das Pilotprojekt „Smarte Partizipation“ ist eine der fünf Pilotmaßnahmen, mit denen in die Umsetzung der Strategie gestartet wurde. Das Projekt ist, da es durch das Bezirksamt Treptow-Köpenick durchgeführt wird, eine der dezentralen Maßnahmen - mit dem Ziel, in diesem räumlich begrenzten Rahmen Erfahrungen zu sammeln, von denen ganz Berlin profitieren kann.

Es geht bei dem Pilotprojekt um die Entwicklung und Testung eines digitalen Tools, das im Rahmen der gemeinwohlorientierten Verteilung und Verwaltung von (Stadtteil-)Budgets, Fördertöpfen oder Bürger:innenhaushalten die Erreichbarkeit und damit Beteiligung der Stadtbevölkerung verbessert und gleichzeitig die Bearbeitung und Abwicklung von Projektideen und -anträgen innerhalb der Verwaltung vereinfacht. Dabei bilden die bezirklichen Kiezkassen in Treptow-Köpenick das Hauptuntersuchungsfeld, um Grundfunktionen und Verwaltungsarbeit zu überprüfen und Optimierungspotenziale zu erarbeiten, die durch digitale Lösungen entfaltet werden können.

### Zentrale Ziele des Pilotprojektes sind:

1. Die Erzielung repräsentativerer Beteiligungsergebnisse durch die Einbeziehung einer vielfältigen Gruppe von Teilnehmer:innen.
2. Die Schaffung von niedrighwelligen und unkomplizierten Verfahren, um Bürger:innen die Beteiligung zu erleichtern.

3. Die Steigerung der Effizienz in der Durchführung und Bearbeitung der Kiezkassen seitens der Verwaltung.

4. Die Gewinnung von Erkenntnissen und Erfahrungen, die für die gesamte Stadt Berlin von Nutzen sind.

Das Pilotprojekt wird von der Sozialraumorientierten Planungskoordination (SPK) des BA Treptow-Köpenick koordiniert. Projektleiterin ist Henriette Schleinstein. Das interdisziplinäre Stadtplanungsbüro AG.URBAN ist als Projektdienstleister mit der Durchführung beauftragt. Das Pilotprojekt ist im Sommer 2023 gestartet und bis zum Jahresende 2025 angesetzt. Der Projektauftrag schlüsselt sich in fünf Phasen auf:

- In Phase I erfolgt eine Grundlagenanalyse, die die Best Practices digitaler Bürger:innenhaushalte untersucht sowie die vorhandenen Förderkulissen bzw. Bürger:innenbudgets in Berlin ermittelt.
- In Phase II steht die Beteiligung verschiedener Interessengruppen im Mittelpunkt, wobei Workshops und Befragungen mit Vertreter:innen aus der Verwaltung, der Zivilgesellschaft, der Bezirkspolitik und den Antragsstellenden durchgeführt werden.
- Phase III beinhaltet die Entwicklung eines Tool-Prototyps für die Kiezkassen 2024. Hierbei werden Datensätze erarbeitet, Tests durchgeführt und die Ausschreibung für einen technischen Dienstleister vorbereitet.
- In Phase IV erfolgt die Erprobung des entwickelten Tools während einer Testphase, die für die Kiezkassen im Jahr 2025 geplant ist.
- Die Phase V umfasst die Evaluation des Projekts und die Prüfung der Möglichkeiten zur dauerhaften Umsetzung, einschließlich eines möglichen Rollouts.

Hinzu kommt die Entwicklung einer Öffentlichkeitskampagne für die Kiezkassen, die den Schwerpunkt auf die Bewerbung der digitalen Lösung und ihren Mehrwert für alle Nutzer:innen legt. In Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung des Bezirks wird ein einheitliches Corporate Design für die 20 Kiezkassen im Bezirk erstellt, um einen kohärenten öffentlichen Auftritt sicherzustellen.

# Der Kiezkassenprozess

## 1. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND INFORMATION

Veröffentlichung der Pressemitteilung,  
Ankündigung auf MeinBerlin,  
Kiezpat:innen & Multiplikator:innen bewerben  
vor Ort in den Bezirksregionen,  
Informationen zu Förderkriterien und Terminen



## 2. (OPTIONALE) IDEEN-BERATUNG

Idee wird online (MeinBerlin) / analog eingereicht  
(entspricht noch keinem Antrag!)  
ggf.: Beratungsgespräch mit der / dem  
Kiezkassenbeauftragten, Anpassung der Idee



## 3. PROJEKTANTRAG

Bürger:in füllt offiziellen Projektantrag (inkl.  
Finanzierungsplanung) händisch / digital aus,  
versendet ihn per Mail, postalisch oder bringt  
ihn ins Bezirksamt (OE SPK)



## 4. KIEZKASSENVERSAMMLUNG

findet in der Regel vor Ort statt,  
offen für interessierte Nicht-Antragstellende,  
moderiert durch die Kiezpat:innen,  
teilweise Einreichung neuer Projektanträge,  
Vorstellung der eingegangenen Projektanträge,  
Diskussion und Abstimmung,  
Priorisierung der Nachrücker-Projekte



## 5. PROJEKTUMSETZUNG

Zuwendungsbescheid (ggf. mit Auflagen zu  
Genehmigungen) liegt vor,  
Projektinitiator:innen setzen das Projekt in  
Eigenregie in der Bezirksregion um



## 6. ABRECHNUNG

Verwendungsnachweis (Sachbericht und  
Belegliste) wird der OE SPK vorgelegt,  
dort geprüft,  
ggf. Rückzahlung nicht verwendeter Mittel,  
Prüfbescheid wird ausgestellt

## FRAGEBOGEN-ERGEBNISSE

Grundlage für die Fokusgruppe des Workshops bildeten die Ergebnisse eines Online-Fragebogens, der etwa 80 Antragsstellenden der Kiezkassen der letzten Jahre zugesandt wurde. Etwa 36 Personen füllten den digitalen Fragebogen, der jeweils Hürden und Tipps für die einzelnen Kiezkassenphasen abfragte, aus. Ca. zwei Drittel (64%) der Teilnehmenden gab an, ihre Anträge als Organisation zu stellen, ein Drittel beteiligt sich als Privatperson (28%). Die Befragten sind zwischen 33 und 79 Jahre alt. Hier wird deutlich, dass eine Zielgruppe stark unterrepräsentiert ist: junge Erwachsene. Es braucht modernere Formate und Ansprachen, um auch diese Zielgruppe zu erschließen. Etwa ein Fünftel der Fragebogen-Teilnehmenden hat sich erst ein mal im Kiezkassenprozess eingebracht, während ein weiteres Fünftel sich dagegen schon sieben mal oder gar öfter eingebracht hat. So konnte eine ausgeglichene Mischung zwischen Erstantragsstellenden und „Profis“ erreicht werden. Die Aussagen der Fragebogen-Teilnehmenden lassen sich drei Schwerpunktthemen zuordnen, unter denen die Ergebnisse im Folgenden kurz dargestellt werden.

### I) Öffentlichkeitsarbeit & Kommunikation

Zur Frage, über welche Wege die Teilnehmenden von den Kiezkassen erfahren haben, ergab sich ein gemischtes Bild (siehe Abbildung auf S. 7). Ungefähr gleich viele Personen gaben „Pressemitteilung auf der Bezirks-Homepage“ (16%), „über Vereine / Initiativen“ (17%) und „über private Kontakte“ (18%) an. „Über die Kiezpat:innen“ gaben etwa 14% an. Dieses Ergebnis zeigt, dass diejenigen, die im Bezirk gut vernetzt sind, viel höhere Chancen haben, von den Beteiligungsmöglichkeiten und den Terminen überhaupt zu erfahren, während neue Treptow-Köpenicker:innen proaktiv nach Informationen zu den Kiezkassen suchen müssen. Außerdem gaben die Fragebogenteilnehmenden Tipps dazu, welche Öffentlichkeitsarbeit geeignet wäre.

- Medien: Flyer, Plakate, Wochenblätter, Rundmails der Kiezpat:innen, Mailingliste
- Orte (bspw. Zum Aushängen von Plakaten): Bushaltestellen, Bürgerhäuser, Freizeiteinrichtungen, Rathäuser, Supermärkte, Märkte, „Bezirksfeste“, Wurfsendungen an alle Haussendungen, Geschäfte, Cafés, über Vermieter (degewo Kundenzentrum, Genossenschaftsverbände, etc.), öffentlicher Raum in Wohngebieten, KIEZKLUBs
- Online-Werbung: generell leichteres Auffinden im Internet, Nebenan.de,
- Zeitpunkt der ÖA: Sommerferienzeit für Versammlungen vermeiden
- Sonstige Hinweise: Mehrsprachigkeit; Newsletterfunktion, wo man sich für seinen Kiez mit seiner E-Mailadresse registrieren kann und alle Infos zur Kiezkasse seines Ortsteil erhält; Für Senior:innen wären bspw. regionalweite Herzsportgruppen; Vereine und Organisationen als Multiplikator:innen

### II) Mein Projektantrag - von der Idee bis zur Umsetzung

Bei diesem Thema wurde vor allem kritisch angemerkt, dass die Terminplanung in einzelnen Bezirksregionen extrem spontan ausfällt. Außerdem forderten die Befragten eine klarere Linie hinsichtlich der Gemeinwohlorientierung. Es wird gefordert, dass nur Anträge für Vorhaben gestellt werden, die viele Einwohner:innen betreffen und interessieren.

Ebenfalls kritisch wurde angemerkt, dass der Antragsprozess zu kompliziert, papierlastig und bürokratisch ist und das oft nicht mehr im Verhältnis zu der Höhe des beantragten Geldes steht. Insbesondere für Einzelpersonen stellt das eine Hürde dar. Die Teilnehmenden sprechen sich insgesamt für eine digitalere und damit einfachere Ausrichtung der Kiezkassen aus. Im Prozess der Projektanrechnung scheinen viele Unklarheiten zu bestehen, wie angemerkt wird. Hier braucht es genaue Vorgaben zu der gewünschten Abgabeform des Sachberichts. Außerdem wird für den gesamten Prozess empfohlen, Antragskosten bereitzustellen, die

Erstantragsstellenden beispielsweise behilflich sind bei der Abrechnung.

### III) Kiezkassenversammlung

80% der Befragten haben bereits an einer analogen Kiezkassenversammlung teilgenommen, 15% haben digital teilgenommen. Nur zwei Befragte hatten an noch keiner Versammlung teilgenommen. Hier wird vor allem die Möglichkeit zum Austausch mit anderen Antragsstellenden, soziale Aspekte wie Hilfsbereitschaft, die offene Atmosphäre und die Möglichkeit von Synergien im Rahmen der Versammlung lobend hervorgehoben. Außerdem gefällt den Befragten das demokratische Format und die konstruktive Diskussion der Projektideen auf Augenhöhe.

Zudem wird die Relevanz einer guten Moderation durch die Kiezpat:innen hervorgehoben, die, wenn sie gut und zielorientiert ausfällt, auch für eine faire Abstimmung sorgen kann.

Die folgenden Hürden im Kontext der Versammlung wurden geäußert:

- Kommunikation des Termins: Jemand bemängelt, dass Kiezpat:innen und Antragsstellende bei den Versammlungen unter sich sind und niemand „von außen“ hinzukommt, um mit über die Projekte abzustimmen, weil die Öffentlichkeit nicht vom Termin erfährt. Viele Personen merken an, dass die Termine zu kurzfristig bekanntgegeben werden und die Art der Bekanntgabe mangelhaft sei. Es wird vorgeschlagen, dass sie automatisch bei der Antragsstellung erfolgen könnte oder per Mail / Whatsapp benachrichtigt wird. Es wird durch zwei Äußerungen kritisiert, dass man, wenn man bei dem Termin der Kiezkassenversammlung nicht teilnehmen kann, „raus“ ist.
- Vor- und Nachbereitung: Einer befragten Person fehlt die Dokumentation der einzelnen Projekte, durch die sich vorher und auch nachher zu den verschiedenen Projektanträgen informiert werden kann.
- Fehlende Niedrigschwelligkeit: Es wird

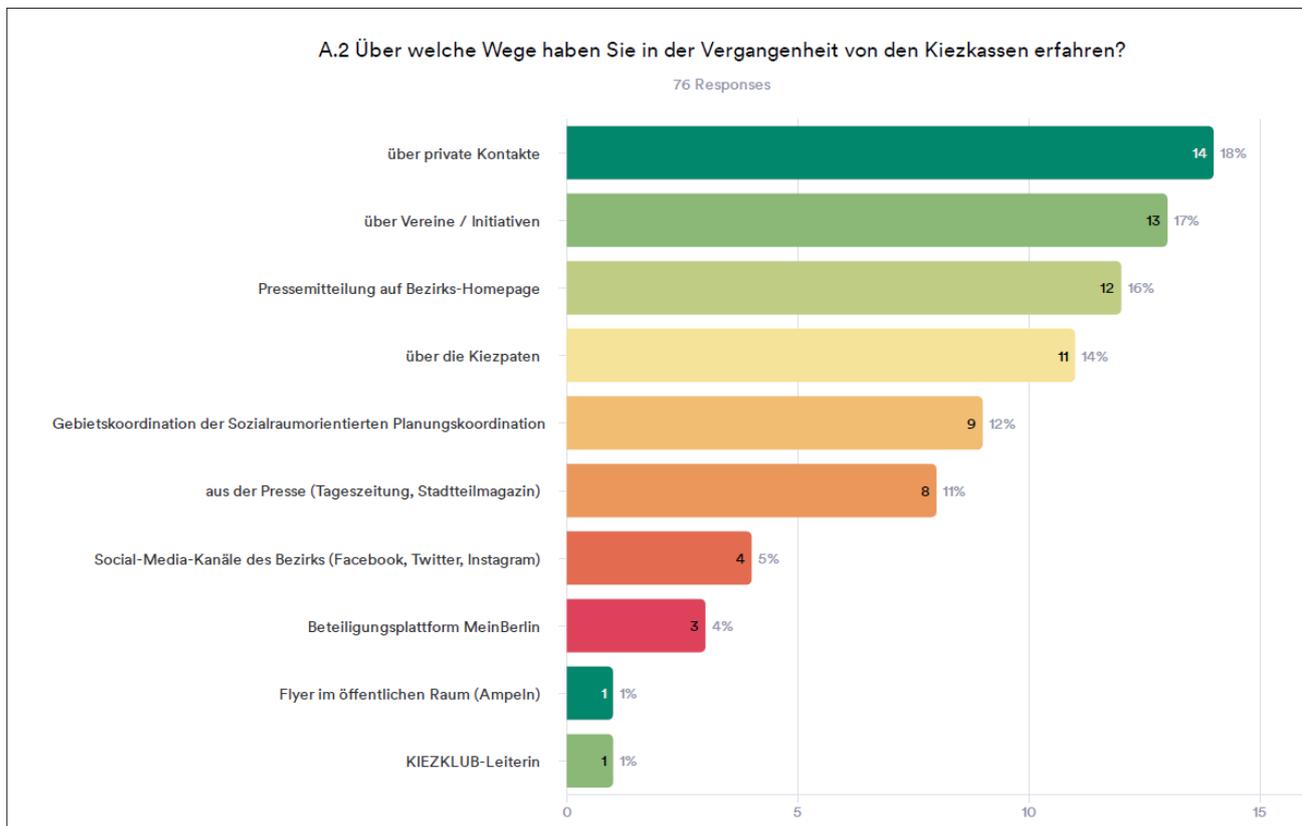


Abbildung 1: Ergebnisse zur Frage „Über welche Wege haben Sie in der Vergangenheit von den Kiezkassen erfahren?“



Abbildung 2: Brainstorming an den Arbeitstischen im Fokusgruppen-Workshop

- bemerkt, dass es für Nicht-Muttersprachler:innen und Personen, die das Format bisher nicht kennen, schwierig sei, an der Versammlung zu partizipieren.
- Konkurrenz: Eine befragte Person findet es problematisch, wenn Personen/Institutionen, die um die gleichen Gelder in Konkurrenz stehen, aufeinandertreffen. Es wird gefordert, dass die Gewährleistung eines gerechteren Abstimmungsverfahrens nötig sei.
  - Aufbau: Eine Person äußert: „Das persönliche Lampenfieber bei der Vorstellung des Projektes [auf der] Bühne ist daher nicht so gut, lieber vom Platz aus vorstellen“; andere kritisieren die Unprofessionalität und Unstrukturiertheit der Versammlung sowie ausbleibende Begründungen für Kürzungen und der Mangel an Transparenz. Diese Hinweise richten sich an die Moderation.
  - Terminfindung: „mehrere Versammlungstermine zur Auswahl anbieten (Frühjahr mindestens drei; für Restmittel nochmals mindestens drei)“
  - Vor- und Nachbereitung: Zwei Personen schlagen vor, dass „Projektanträge vorab über eine Plattform“ bereit gestellt werden. Jemand anderes wünscht sich, dass im Vorhinein Anregungen und geforderte Inhalte an alle Projektantragsstellenden kommuniziert werden, damit sie sich besser auf die Projektvorstellung vorbereiten können. Zur Nachbereitung wird sich ein Protokoll der Versammlung gewünscht, das an die Antragsstellenden verschickt wird – auch für diejenigen, die nicht teilnehmen konnten. Jemand antwortet, dass nur vorher eingereichte und geprüfte Anträge beraten werden sollen und „ad hoc Anträge“ verboten werden.
  - Gerechtigkeit: Jemand antwortet: „Ich habe mich oft gefragt, ob die Verteilung der Mittel an diverse Vereine, die bereits eigene Mittel besitzen, im Sinne der Kiezkasse ist.“ Eine andere Person merkt an, dass Anträge nur gestellt und angenommen werden sollten, die „die Masse der Einwohnenden“ betreffen, also Anträge zu Partikularinteressen ausgeschlossen werden sollten und die Gemeinwohlorientierung überprüft werden soll. Eine weitere Person fordert eine Deckelung der Antragssumme (Festlegung eines Maximalbetrags).
- Zudem wurden die folgenden Tipps für die Kiezkassenversammlung geäußert:
- Kommunikation des Termins: Es wird vorgeschlagen, die Presse bei der Kommunikation über die Versammlung zu involvieren.
  - Digital vs. analoge Veranstaltung: Es wird ein hybrides Format für die Kiezkassenversammlung vorgeschlagen. Das würde es auch den Antragsstellenden, die beim Termin nicht teilnehmen können, erlauben, in allen Bezirksregionen weiter im „Wettbewerb“ zugelassen zu sein.

## ERGEBNISSE DER FOKUSGRUPPE

Beim Fokusgruppen-Workshop nahmen insgesamt 7 Personen teil. Diese vergleichsweise kleine Gruppe erlaubte tiefgehende Diskussionen zu den Fragebogen-Schwerpunkthemen. Sechs der sieben Teilnehmenden sind in zivilgesellschaftlichen Strukturen aktiv und stellen ihre Anträge als Vereinsmitglieder. Der dreistündige Workshop galt der gemeinsamen Vertiefung der Fragebogen-Ergebnisse und der Erarbeitung von Optimierungspotenzialen.

### ARBEITSPHASE I

Nach einer kurzen Präsentation ebendieser Ergebnisse und einer Vorstellungsrunde wurde interaktiv an einem Workshoptisch gemeinsam diskutiert, jeweils zu Kritik, Wünschen und Ideen:

1. Öffentlichkeitsarbeit & Kommunikation
2. Mein Projektantrag - von der Idee bis zur Umsetzung
3. Die Kiezkassenversammlung

#### **I) Öffentlichkeitsarbeit & Kommunikation**

Zum einen wird bemängelt, dass MeinBerlin den Bezirk künstlich aufteilt, obwohl er doch als Einheit betrachtet werden soll. Die Informationen zur Kiezkasse, einschließlich der Förderkriterien, Termine und Fristen, sind oft unklar und verwirrend, da nicht klar ist, was digital und was analog abläuft. Dies führt zu einem unübersichtlichen „Dschungel“ von Förderkulissen im Bezirk, und es ist unklar, wie sich die Kiezkassen davon abheben.

Zudem haben Neu-TK'ler:innen kaum eine Chance, von den Kiezkassen zu erfahren, da diese zu spät im Jahr stattfinden. Die Kiezpat:innen sollten niedrigschwellig ansprechbar sein, doch es gibt eine zu starke Fluktuation unter ihnen, und ihre Rolle und ihr Engagement variieren von Bezirksregion zu Bezirksregion.

Eine Idee zur Verbesserung dieser Situation könnte sein, ein zentrales Informationspaket

oder eine Homepage zu schaffen, auf der Informationen zu allen Bezirksregionen verfügbar sind und auch bereits umgesetzte Projekte präsentiert werden. Ein monatlicher Stammtisch der Kiezpat:innen könnte als gutes Beispiel für niedrigschwellige Ansprechbarkeit dienen.

#### **II) Mein Projektantrag - von der Idee bis zur Umsetzung**

In Bezug auf den Aufwand gibt es mehrere Punkte zu beachten: Erstens wäre es notwendig, die Formalien, wie Einverständniserklärungen, Anträge und Zuwendungsbescheide, zu kürzen, da sie oft als „zu umfangreich“ empfunden werden. Zweitens werden für analoge Anträge Antragslots:innen benötigt. Eine mögliche Idee wäre, Stadtteilmütter oder Integrationslots:innen in diesen Prozess einzubeziehen. Drittens stellt sich die Frage, warum alle Belege für einen Zeitraum von 5 Jahren aufbewahrt werden müssen. Dies erfordert Klarheit und möglicherweise eine Überprüfung. Des Weiteren gibt es einen Bedarf, freiwilligen Helfer:innen bei Projekten und Festen eine kleine Aufwandsentschädigung aus den Kiezkassenmitteln unbürokratisch zu ermöglichen, wobei die genaue Abrechnungsprozedur fehlt.

Eine Idee zur Vereinfachung des Prozesses wäre, eine analoge Unterschrift erst bei der Kiezkassenversammlung einzuholen, um den Aufwand zu reduzieren. Zusätzlich könnte ein dynamisches Merkblatt entwickelt werden, das sich basierend auf dem beantragten oder bewilligten Projekt automatisch anpasst und nur die relevanten Bedingungen, Warnungen, Regeln und Erklärungen enthält.

#### **III) Kiezkassenversammlung**

Kritikpunkte, die zur Diskussion standen, waren die Folgenden: Erstens ist es bedauerlich, dass Fördermittel nicht in das nächste Jahr übertragen werden können, insbesondere, da die Kiezkassenversammlung oft zu spät im Jahr stattfindet. Eine weitere offene Frage betrifft, wer genau zur Abstimmung während der Kiezkassenversammlung berechtigt ist. Ein weiterer Punkt ist die politische Ausrichtung von

Veranstaltungen, die durch die jeweilige Parteizugehörigkeit der Kiezpat:innen beeinflusst werden kann und die Frage nach neutralen versus politischen Veranstaltungen aufwirft. Des Weiteren gibt es die Frage nach einer Anwesenheitspflicht für den Erhalt des Projektzuschlags, die möglicherweise einheitlich über die Bezirksregionen geregelt werden sollte. Wenn der Fördertopf nicht vollständig ausgeschöpft wird, führt dies zu Zuruf-Anträgen. Hier wäre die Idee, die Summe für solche spontanen Zuruf-Anträge zu begrenzen.

Eine weitere Möglichkeit zur Verbesserung könnte sein, die erste Versammlung früher im Jahr stattfinden zu lassen, um Restmittel in einer zweiten Veranstaltung im Sommer zu verteilen. Es könnte auch in Erwägung gezogen werden, Hybridveranstaltungen durchzuführen, die sowohl vor Ort als auch digital abgehalten werden. Die Umsetzung der Projekte sollte transparent gemacht werden, zum Beispiel durch die Erstellung eines öffentlichen Berichts mit Fotos. Dies kann dazu beitragen, Außenstehende zu motivieren, sich ebenfalls zu engagieren.

## **ARBEITSPHASE II**

In der zweiten Arbeitsphase wurden erste Ideen für eine digitale Entwicklung der Kiezkassen diskutiert. Zunächst waren die Teilnehmenden dazu aufgerufen, sich auch in andere Nutzer:innen bzw. Zielgruppen hineinzusetzen.

In Bezug auf verschiedene **Zielgruppen** gibt es folgende Überlegungen:

- >> Jugendliche könnten durch die Digitalisierung des Abrechnungsprozesses stärker motiviert werden, da sie oft weniger Interesse an bürokratischen Vorgängen haben, jedoch hochmotiviert sind, Projekte umzusetzen. Eine Möglichkeit wäre die Gestaltung digitaler Prozesse, die für diese Altersgruppe attraktiver sind. Zusätzlich könnte man Kinder und Jugendliche in den Abrechnungsprozess schulen.
- >> Für ältere Menschen oder Personen, die nicht mit Computern vertraut sind, ist es wichtig,

weiterhin ein analoges Angebot bereitzustellen, um sicherzustellen, dass niemand ausgeschlossen wird.

- >> Menschen ohne Zugang zu Computern könnten in öffentlichen Einrichtungen Zugang zu PCs erhalten, um am digitalen Prozess teilnehmen zu können.

- >> Personen nicht-deutscher Herkunft könnten von einer digitalen Ausrichtung der Kiezkassen und einem möglichen Einsatz von Sprachassistenten profitieren, um die Teilnahme zu erleichtern.

- >> Es könnte hilfreich sein, Erstantragssteller:innen, Neueinsteiger:innen oder Interessierte durch online gut sichtbare Berichte und Fotos von bereits umgesetzten Projekten für die Kiezkassen zu begeistern.

Im Allgemeinen sollte die digitale und analoge Abwicklung Hand in Hand gehen, um die Bedürfnisse aller Beteiligten zu berücksichtigen. Die Digitalisierung des Abrechnungsprozesses würde zur Niedrigschwelligkeit beitragen und die Teilnahme für alle erleichtern.

Anschließend, um den Workshop abzurunden, wurden die Teilnehmenden gebeten, ihre Wünsche und Ansprüche an ein digitales Tool zu formulieren. Was muss es können, um wirklich eine Erleichterung für alle Seiten darzustellen?

Hinsichtlich der **Funktionen** wünschen sich die Teilnehmenden beispielsweise:

- >> Eine Verlinkung zu einem digitalen Crowdsourcing-Flächenkataster für Interventionen, um potenzielle Projekte zu visualisieren.

- >> Einen digitalen Materialspeicher, der Informationen über zuvor geförderte und bereits angeschaffte Veranstaltungstechnik speichert.

- >> Ein dynamisches Antragsformular mit anpassbaren Abhängigkeiten, das je nach Art des Antrags nur relevante Fragen anzeigt.

- >> Verwaltungsseitig könnte ein digitaler Algorithmus die Anträge auslesen und sie automatisch in MeinBerlin verorten oder eintragen.



Abbildung 3: Konzentrierte Diskussionen im Fokusgruppen-Workshop

In Bezug auf die **Nutzeroberfläche** benennen die Teilnehmer:innen folgende Wünsche:

>> Das Interface sollte offen und auf das Notwendigste reduziert sein, um die Benutzer:innenfreundlichkeit zu erhöhen.

>> Mehrsprachigkeit sollte unterstützt werden, um verschiedene Zielgruppen anzusprechen.

>> Die Registrierung und die Übernahme persönlicher Daten aus dem Vorjahr oder die Möglichkeit zur AutoFill-Funktion könnten den Prozess erleichtern.

>> Formulare, Website-Anwendungen oder Apps sollten mit verschiedenen Betriebssystemen wie iOS, Microsoft und Linux kompatibel sein, um niemanden davon auszuschließen.

**Allgemein** sollte das Tool:

>> Die Möglichkeit bieten, sich digital an Veranstaltungen zu beteiligen, um die Hürden für eine Teilnahme zu senken.

>> Einen (digitalen) Antragslotsen bereit-

stellen, der die Nutzer:innen durch den digitalen Prozess führt.

>> Barrierefreiheit gewährleisten, um sicherzustellen, dass jeder Zugang und Nutzung des Tools hat.

>> Hybridveranstaltungen ermöglichen, bei denen sowohl persönliche als auch digitale Teilnahme möglich ist, und die Abstimmung sollte sowohl vor Ort als auch online erfolgen können.

**Das Projektteam dankt den Beteiligten für ihre hilfreichen Kritikpunkte, Hinweise und Ideen im Rahmen der Online-Befragung und des Workshops. Ihr Expert:innen-Wissen ist von unschätzbarem Wert für den weiteren Prozess im Pilotprojekt.**

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber:**

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin  
Rudower Chaussee 4  
12489 Berlin

Bereich:  
Sozialraumorientierte Planungscoordination  
Ansprechpartnerin: Henriette Schleinstein

### **Bearbeitung durch:**

AG.URBAN  
Mackensen, Hipp, Tienes & Pinetzki GbR  
Ringbahnstr. 10 - 14  
12099 Berlin

Stand: Oktober 2023